



BIO SUISSE: Delegiertenversammlung in Olten SO

Bio-Ziele für AP 22+

Bio Suisse ist am politischen Verhandlungstisch ein wichtiger Partner, wird immer relevanter und stellt Forderungen.

LUCAS HUBER

Noch nie waren Landwirtschaft und Ernährung derart politisch. Und noch nie interessierten sich derart viele Menschen für die Art und Weise, wie ihre Lebensmittel produziert werden. Diese Entwicklung ist kein Strohfeuer, sondern ein Trend, der dazu führt, dass der Fleischkonsum sinkt, der Milchmarkt schrumpft und Bio wächst. So gesehen agiert Bio Suisse aus einer relativ bequemen Position heraus. Schliesslich findet sich die Organisation respektive ihre Werte recht nah an all den Initiativen, die auf dem politischen Tapet stehen und die sich rund um den Klimaschutz, die Ernährung und die Art drehen, wie Landwirtschaft betrieben werden soll.

Politik mitbestimmen

«Darum wird Bio Suisse immer relevanter, wenn es um die Ausarbeitung politischer Inhalte geht», sagt Urs Brändli, Präsident der Organisation. Was natürlich auch für die Erarbeitung der AP 22+ gilt, wo sich Bio Suisse nach einem internen Partizipationsverfahren zwischen November und März intensiv einbringt.

Daraus haben sich sechs Forderungen herauskristallisiert, die der Vorstand als zentrales Anliegen betrachtet (siehe Box). Wei-

ter distanziert sich der Bio-Suisse-Vorstand von der Idee eines Grundbeitrags pro Betrieb und schlägt stattdessen vor, die ersten 20 Hektaren stärker zu fördern. Ebenso fordert er eine Beibehaltung der Obergrenze von Direktzahlungen, eine Verbesserung des Sozialversicherungsschutzes für mitarbeitende Ehepartner und Produktionswie Ressourceneffizienzbeiträge auch für Bio. «Bio muss eine bessere Stellung bekommen», so Martin Bossard, Leiter Politik bei Bio Suisse. Ansonsten drohten zahllose Schubladen mit neuen Labels zu entstehen.

Von Initiativen geprägt

Ob nun für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide, Jugend und Genuss, Massentierhaltung, Biodiversität, Trinkwasser oder Gletscher: Initiativen werden den bäuerlichen Alltag auch nach beschlossener AP 22+ prägen. Bossard hofft auf einen Gegenvorschlag zu den Pflanzenschutz-Initiativen, eine Prognose wagt er allerdings nicht zu machen, die Parolenfassung erfolgt im kommenden November. Die Gletscherinitiative, die einen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen fordert, werde auch die Landwirtschaft betreffen. Und die Initiative von Slowfood schliesslich fordert Bildungsmassnahmen, damit der Nachwuchs lernt, wie er sich gesund und umweltverträglich ernähren kann. «Hier geht es um kulturelle Dimensionen; das kann uns nur helfen», schliesst Bossard.

FORDERUNGEN

- 1. Gezielte Förderung nachhaltiger Produktionssysteme wie Bio.** «Heute steht dazu gar nichts im Bericht», so Martin Bossard, der nach seiner Präsentation zu Landwirtschaftsminister Guy Parmelin eilte – weiterverhandeln. «Es wäre uns recht, wenn der Bund Ziele für Bio ausloben würde.» Wie etwa jene 25 Prozent Bioanteil, die Österreich formulierte.
- 2. Ressourcenschonender Umgang mit Lebensmitteln.**
- 3. Klima und Bodenfruchtbarkeit.** Bossard: «Diese zentralen Themen fordern mutige Lösungen.»
- 4. Chancen der Nachhaltigkeit nutzen:** «Die gesellschaftlichen Aufträge, die UNO-Nachhaltigkeitsagenda und das Klimaabkommen von Paris sind nicht in erster Linie eine Belastung, sie bieten Chancen», so Bossard.
- 5. Griffiger Gegenvorschlag zu den Pflanzenschutz-Initiativen.** Nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch private und gewerbliche Nutzer stehen in der Pflicht.
- 6. Verzicht auf Gentechnik und Stärkung der Schweizer Züchtung.** Bossard: «Der 162-seitige Bericht enthält kein Wort zum Umgang mit Gentechnik.» lh